



SPD • Pulverwiesen 11 • 73726 Esslingen a. N.

HAUSHALT 2022

**Zweite Lesung
Donnerstag, 11. November 2021**

Haushaltsrede
Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Landrat,
Meine Damen und Herren,

gerne hätte ich zu Beginn der „5. Jahreszeit“ mit Heiterkeit und Erleichterung auf die Pandemie zurückblicken wollen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir sind mitten in der vierten Welle. Nach der Warn- greift in Kürze erstmals Alarmstufe.

Trotz einer spürbaren Frustration dürfen wir nicht nachlassen. Gegenseitige Rücksichtnahme ist erneut das Gebot der Stunde. Nicht alles, was rechtlich möglich ist, muss auch wahrgenommen werden.

Zur Ehrlichkeit gehört auch: Wir werden die Rücksichtnahme überstrapazieren, wenn unsere Impfangebote nicht ausgebaut werden. Das Impfen muss schneller gehen und niederschwellig sein.

Froh sind wir darüber, dass unser Antrag dazu beitrug, den Impfbus im Landkreis als ein solches niederschwelliges Angebot zu erhalten. Allerdings waren wir schon im September skeptisch, ob die Schließung weiterer niederschwelliger Angebote wie der Impfzentren der richtige Weg ist.

Dringend notwendig ist eine zeitnahe Durchführung der Booster-Impfung gerade bei den vulnerablen Gruppen, vor allem den älteren Menschen. Dies überfordert derzeit die Regelstrukturen vielfach. Lange Wartezeiten für Impftermine beim Hausarzt, ausgehende Impfdosen und lange Schlangen sind uns erreichende Signale, die uns große Sorgen bereiten. Die Situation trägt derzeit nicht dazu bei, das Impfen als den wichtigsten Faktor der Pandemiebekämpfung in der vierten Welle voranzutreiben.

Gut, dass die Landesregierung nun endlich reagiert. Wir appellieren daher an die Verwaltung, so schnell wie möglich weitere niederschwellige und gut erreichbare Impfmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, um Menschen das notwendige Impfangebot machen zu können. Selbstverständlich gehen wir von einer Verlängerung des Impfbusses angesichts der Zahlen aus.

Über die aktuellen Entwicklungen hinaus wird uns Corona noch lange beschäftigen. Die Pandemie deckt Mängel auf und verschärft bestehende Defizite. Sie trifft alle, aber besonders finanziell und sozial Benachteiligte.

Was für die Rücksicht bei der Eindämmung des Virus gilt, gilt generell: Die Pandemie macht deutlich, wie wichtig, gegenseitiger Respekt und ein sozialer Zusammenhalt für unsere Gesellschaft sind.

[(1) Sozialen Zusammenhalt stärken]

Hier sehen wir an einigen Stellen in unserem Landkreis besonderen Handlungsbedarf:

Zuallererst nennen möchte ich Kinder und Jugendliche mit ihren Familien. Sie zählen von Beginn an zu den am stärksten Betroffenen Personen der Pandemie. Die lange fehlende Alltagsstruktur, fehlende Freizeit- und Begegnungsmöglichkeiten und die Reduktion auf das Schüler*innendasein sorgen für zunehmenden psychischen Stress.

Junge Menschen dürfen nicht ein weiteres Mal die Last der Pandemie tragen. Daher ist konsequentes Handeln und der Erhalt von Freiräume für junge Menschen wichtig.

Die außerschulische Bildungsarbeit leistet hier einen enorm wichtigen Beitrag zur sozialen Entwicklung und zu einem gelingenden Aufwachsen junger Menschen.

Darum setzen wir uns als SPD für eine aktive Nutzung des Programms "Aufholen nach Corona" für unseren Landkreis ein.

Darum wollen wir den KJR als engen Partner des Landkreises stärken und seine finanzielle Entwicklungs- wie Zukunftsfähigkeit, auch durch eine Mehrjährigkeit im Vertrag, sichern.

Was für alle jungen Menschen gilt, gilt im besonderen für diejenigen, die in Armut leben. Kinderarmut ist auch in unserem Land eine wachsende Herausforderung. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass jedes 5. Kind unseres reichen Bundeslandes an der Armutsgrenze lebt und somit von vielen Dingen des Lebens ausgeschlossen ist. Wir begrüßen es sehr, dass die Verwaltung durch den Aufbau eines Präventionsnetzwerks unseren letztjährigen Antrag nun aufgreift und Anfang Dezember der Startschuss fällt.

Ebenso wie Armut verhindern persönliche Einschränkungen gesellschaftliche Teilhabe. Darum ist es uns gemeinsam mit den Grünen ein Anliegen, jungen Menschen eine Inklusion in Freizeit- und Ferienangeboten zu ermöglichen - und Eltern eine dringend benötigte Entlastung zu gewähren.

[Integration]

Zum gegenseitigen Respekt und sozialen Zusammenhalt gehört aber auch der Schutz und die Integration Geflüchteter. Tagtäglich mehren sich die Nachrichten von verzweifelte Menschen, die aus Afghanistan unter unsäglichen Bedingungen fliehen oder gar an der europäischen Grenze „zur Waffe gemacht werden“, wie es kürzlich Noch-Innenminister Seehofer nannte.

Angesichts der steigenden Zahlen beantragen wir einen aktuellen Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten im Landkreis, insbesondere auch zu der für die Integration wichtigen Ehrenamtsarbeit.

[Rolle Freier Träger]

Für all diese anstehenden Aufgaben braucht es starke Partner*innen. Wir wollen hierfür die Expertise der Freien Träger in unserem Landkreis auf Augenhöhe einbeziehen.

Bis heute halten wir den Beschluss, die Expert*innen der Wohlfahrtsverbände aus dem Sozialausschuss zu werfen und den Jugendhilfeausschuss zu entmachten für einen krassen Fehler und eklatanten Rückschritt in der Beteiligung von Interessensvertreter*innen und Betroffenen.

Aus diesem Grund können wir die Verlagerung oder Auflösung der gut arbeitenden Fachstelle für Schulbegleitung nicht nachvollziehen und erwarten einen zeitnahen Bericht.

Um ähnliches zu vermeiden, halten wir auch einen detaillierteren Blick auf den Stellenausbau infolge der Organisationsuntersuchung im Kreisjugendamt für notwendig. Selbstverständlich begrüßen wir die Schaffung von notwendigen Stellen, soweit diese zur Entlastung der Verwaltung und zur Sicherstellung des Kindeswohls beitragen. Einer Verlagerung von Aufgaben der Freien Träger zum Landkreis können wir allerdings nicht zustimmen. Um dies sicherzustellen, beantragen wir eine vorherige inhaltliche Beratung im zuständigen Ausschuss.

[Trotz der aktuellen Krise, dürfen wir allesamt nicht vergessen, dass eine noch viel größere Herausforderung auf uns wartet.]

(2) Beim Klimaschutz ist mehr Tempo notwendig!

Die aktuell tagende Weltklimakonferenz in Glasgow offenbart einmal mehr die Kluft zwischen Pariser Klimaabkommen und der Wirklichkeit. Gemeinsam wollen wir die globale Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzen. Um auf den gemeinsamen vereinbarten Pfad zurückzukommen, müssen wir viel ambitionierter werden.

Das verbleibende CO₂-Budget ist bei unserem gegenwärtigen ökologischen Fußabdruck bereits Anfang des nächsten Jahrzehnts aufgebraucht – spätestens.

Wir müssen aber nicht nur so schnell wie möglich, sondern auch so wirksam wie möglich handeln. Umso rascher CO₂-Reduktionen jetzt erfolgen, umso leichter werden unsere Anstrengungen später.

Ein zentraler Beitrag liegt im schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien. Als öffentliche Hand müssen wir Vorbild sein. Wir halten es daher für geboten, neben der PV-Pflicht für Neubauten auch alle Bestandsbauten in den Blick zu nehmen - und zwar zeitnah.

In diesem Sinne begrüßen wir, dass die Mitarbeiter*innen im Landratsamt wie der Klimaschutzagentur ihre Arbeit aufgenommen haben und den Photovoltaik-Ausbau vorantreiben. Wir hoffen, dass die Strukturen nun schnell ins noch schnellere Handeln kommen und alle neu geschaffenen komplexen Strukturen keinen zusätzlichen Reibungs- und Zeitverlust bewirken.

Die Ziele unserer lokalen Klimaschutzagenda müssen aber auch zielgerichtet und messbar verfolgt werden. Wir bleiben daher skeptisch, ob die fehlende Ableitung unseres Klimaschutzkonzepts an den Zielen von Land und Bund der richtige Weg ist. Deutlich macht dies unsere Anfrage, inwieweit sich die Maßnahmen und Zielsetzungen des IKK durch die geänderte, nämlich verkürzte Zielsetzung des Bundes in puncto Klimaneutralität verändern – kurzum: sie verändern die bestehende Zielsetzung nicht. Schade.

Zurück nach Glasgow: Die Weltklimakonferenz zeigt eindrucksvoll, die Vielschichtigkeit der Auswirkungen und Herausforderungen in unserer Welt – über den unmittelbaren Klimaschutz hinaus. Nichts bringt dies besser zum Ausdruck als der Kanon der Nachhaltigkeitsziele der UN. Einige Landkreise haben sich diese Agenda 2030-Ziele bereits zu eigen gemacht und richten auch ihr Handeln nach ihnen aus. Wir sehen darin ein gutes Vorbild für unseren Landkreis und beantragen daher, zunächst diese Berichte zu sichten, um sodann eine Nachhaltigkeitsberichterstattung in den Blick zu nehmen.

[Unser letztes Schwerpunktthema ist zugleich zentrales Handlungsfeld auf dem Weg zur Klimaneutralität]

(3) Mobilitätswende = Vorfahrt für den ÖPNV!

Der Verkehr macht rund 30 Prozent unserer CO₂-Emissionen aus. Gerade der Pendel- und Freizeitverkehr mit dem PKW – nicht selten mit nur einer Person pro Fahrzeug – hat einen erheblichen Anteil daran und verbraucht ein Vielfaches an Energie pro km und Person gegenüber der Bahn. Die Mobilitätswende muss daher allen voran eine Wende hin zum ÖPNV werden.

Umso bitterer sind die gegenwärtigen corona-bedingten Rückgänge im ÖPNV. Die verschiedenen Maßnahmen zur Gegensteuerung sind gut. Doch braucht es viel mehr als das, um die anvisierte Verdopplung des Aufkommens zu erreichen. Zudem hat gerade der Verkehrssektor hat bundesweit als einziger Bereich seine Emissionen seit 1990 nicht gemindert.

Es braucht mehr Entschlossenheit und ein Bündel an Maßnahmen. Als SPD-Kreistagsfraktion setzen wir auf einen Gleichklang von Angebotsausbau und Preissenkung.

Wir unterstützen den Antrag von Grünen und SPD in der Region, neue Expressbus Linien zwischen Filderraum und Neckartal zu prüfen, bis ein Ringschluss möglich wird. Damit können die bereits seit 2014 bestehenden Expressbuslinien sinnvoll ergänzt werden.

Ebenso freuen wir uns, dass unsere jahrelangen Bemühungen um ein 365,- Euro Ticket nun endlich auf Landesebene Gehör finden. Oft mussten wir in diesem Gremium allein mit den

Linken die Fahne hochhalten – wir anerkennen aber natürlich die Unterstützung der Freien Wähler in jüngerer Zeit. Unser gemeinsam durchgesetzten Antrag für das Modellprojekt des Bundes wurde nun leider nicht berücksichtigt. Umso mehr freuen wir uns, dass die Landesregierung ein 365,- Euro Ticket für junge Menschen einführen möchte und hoffen, auf eine zeitnahe Umsetzung.

Preissenkungen steigern aber nicht nur die Nachfrage, sie sind auch essentieller Bestandteil einer nachhaltigen UND sozialen Mobilitätswende.

Es ist fraglos richtig, den motorisierten Individualverkehr umweltpolitisch zu belasten. Soweit dies jedoch zu einer Einschränkung von Mobilität für bestimmte Bevölkerungsgruppen führt, müssen Alternativen geschaffen werden. Kurz gesagt: Mobilität muss für alle bezahlbar bleiben. Sozial gerechte Klimapolitik schließt zwingend die Bezahlbarkeit der Verkehrsalternativen mit ein.

Das 365 Euro Ticket für junge Menschen kann daher nur der Anfang sein. Wir beantragen in einem nächsten Schritt die Ausweitung des 365 Euro Tickets auf ein Sozialticket. Natürlich wollen wir aber auch weiter an einem 365 Euro Ticket für alle im VVS arbeiten.

Wir bereits mehrfach betont, müssen dafür gleichzeitig die Finanzierungsgrundsätze des ÖPNV überarbeitet werden: Eine Nahverkehrsabgabe kann ein Baustein sein. So wie diese das Land einführt, entsteht jedoch einen Flickenteppich, der mehr schadet als hilft. Zielführender ist eine einheitliche Regelung für das ganze Land.

Nicht zuletzt haben wir mit dem Nahverkehrsplan im Landkreis selbst unmittelbaren Einfluss auf die Mobilitätswende und die Stärkung des ÖPNV. Besser gesagt *könnten* haben. Ohne den inhaltlichen Beratungen allzu sehr vorzugreifen, sind wir vom Entwurf des NVP enttäuscht: Der Entwurf erweckt eher den Eindruck einer technisch korrigierten Aktualisierung, denn einer inhaltlichen Fortschreibung, die auf die sich anbahnenden gesellschaftlichen Entwicklungen tatsächlich reagieren oder diese aktiv gestalten will. Wir erwarten eine Planung mit mehr Perspektive und größerem Horizont.

Ebenso viel Luft nach oben sehen wir auch bei der Barrierefreiheit, den Umwelt- und Klimaschutz- sowie den Sozial- und Tarifstandards.

Letztere möchten wir besonders hervorheben: Unsere ambitionierten Pläne der Mobilitätswende und des ÖPNV-Ausbaus brauchen vor allem eines: Qualifizierte Fachkräfte, die diesen Wandel umsetzen. Daher ist es wichtiger denn je, durch gute Standards, gutes Personal zu halten und zu gewinnen. Im Interesse anständiger Unternehmen und der betroffenen Arbeitnehmer*innen beantragen wir eine jährlich anlasslose Kontrolle von zwei Bündeln auf Einhaltung der Standards.

Positiv hervorheben möchte ich aber auch die zahlreich eingegangenen Rückmeldungen zum Nahverkehrsplan. Sie dokumentieren ein hohes Interesse der Bevölkerung am ÖPNV. Wir sollten diese Entwicklung begrüßen und nicht das dadurch aufwändigere Verfahren bedauern. Zukünftig sollten die Bürger*innen breiter beteiligt werden: Hier wird der Landkreis unmittelbar greifbar und relevant für die Bevölkerung. Für uns eine Chance, kein Hindernis, hier offensiv auf Bürger*innen zuzugehen.

[Zum Abschluss zu den Finanzen]

(4) Kreisumlage

In Verantwortung für unsere Städte und Gemeinden sehen wir den Spielraum für eine Senkung der Kreisumlage um einen Punkt – ohne das ursprünglich geplante Ergebnis zu unterschreiten.

Aus unserer Sicht wäre gerade vor dem Hintergrund der Steuerschätzung auch eine weitere Senkung vertretbar. Da wir aber an verschiedenen Stellen haushaltswirksame Anträge

stellen und wir insbesondere beim ÖPNV der Auffassung sind, dass auch der Landkreis sein finanzielles Engagement erhöhen muss, halten wir einen Hebesatz von 28,3 % für angemessen. Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch die Reduzierungsanträge der vergangenen Jahre sich alle ausnahmslos als richtig erwiesen haben. Die darauffolgenden Haushaltsjahre haben dennoch immer eine nicht unerhebliche Ergebnisverbesserung erbracht, waren also keinesfalls „auf Kante genäht“ wie bei der Einbringung immer betont.

[Ich komme zum Schluss]

Die anstehenden Herausforderungen sind groß. Hierbei muss uns die Zuversicht leiten. Als SPD wollen wir den Wandel als Chance begreifen und die Zukunft aktiv gestalten. Daher freuen wir uns auf spannende, mutige Debatten und Ideen für die Zukunft unseres Landkreises.